

Seminar: Gesetzgebung

Schwerpunktbereiche 2 und 5

Im Sommersemester 2016 werden wir gemeinsam ein Seminar zu dem Thema „Gesetzgebung“ dienstags von 18 bis 20 Uhr veranstalten. Es können vor- oder nachgelagerte Studienarbeiten für die Schwerpunktbereiche 2 und 5 angefertigt werden. Die Teilnahme am Seminar setzt mindestens einen Vortrag zu einem der ausgegebenen Themen voraus; es können auch Seminararbeiten ohne den Charakter von Studienarbeiten geschrieben werden.

Themen:

1. Die Entwicklung von Bedeutung und Funktion des Gesetzes vom konstitutionellen staatsrechtlichen System des 19. Jh. zur parlamentarischen Demokratie unter dem Grundgesetz
2. „Zweite Kammern“ im diachronen und synchronen Vergleich
3. Die „Allgemeinheit des Gesetzes“ zwischen einem Postulat guter Gesetzgebung und verfassungsrechtlicher Pflicht
4. Die Einbindung von Sachverstand in die Vorbereitung von Gesetzen und in das Gesetzgebungsverfahren im Vergleich Deutschland-Schweiz
5. Der Einfluss des Europarechts auf die Gesetzgebung, insbesondere die sog. Umsetzungsgesetzgebung
6. Beschleunigungstendenzen und -praxis in der Gesetzgebung und ihre rechtliche Problematik
7. Staatspraxis und verfassungsrechtliche Probleme von Zustimmungsgesetzen zu völkerrechtlichen Verträgen
8. Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers im verfassungsgerichtlichen Normenkontrollverfahren
9. Die Publikation von Gesetzen gestern – heute – morgen
10. Die Ausweitung der Lehre vom Vorbehalt des Gesetzes als konsequente verfassungsrechtliche Innovation und als Ursache für „Normenflut“
11. Gibt es eine „Pflicht zum guten Gesetz“?
12. Das Parlamentsgesetz in seinem Verhältnis zu Gewohnheits- und Richterrecht
13. Spielräume der Landesgesetzgebung im Bundesstaat

14. Welche Bedeutung kann die Kodifikationsidee in der Gegenwart haben?
15. Institutionelle Vorkehrungen für eine Verbesserung der Gesetzgebung (Rechtsförmlichkeitsprüfung; ressortübergreifende Abstimmung; Normenkontrollrat)
16. Gibt es einen numerus clausus der Rechtsetzungsformen?
17. Finanztabus im direktdemokratischen Gesetzgebungsverfahren
18. Verfassungsrechtliche Probleme des Vermittlungsausschusses
19. Verfahren und Probleme der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens durch die Bundesregierung
20. Befristete Gesetzgebung